

Vorlage Nr.: 2024/0868/1

Verantwortlich: **Dez. 4**

Dienststelle: **Stadtkämmerei**

## Grundsteuerreform 2025: Neue Grundsteuer ab 2025 aufkommensneutral justieren Änderungsantrag: AfD

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Haupt- und Finanzausschuss	08.10.2024	2.1	Ö	Vorberatung
Gemeinderat	22.10.2024	14.1	Ö	Entscheidung

### Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen, da eine erhebliche Belastungsverschiebung vom Bereich „Gewerbe“ hin zum Bereich „Wohnen“ und auch die Belastungsverschiebung innerhalb des Bereichs „Wohnen“ weiterhin bestehen bleibt. Zudem führt die Absenkung des aufkommensneutralen Hebesatzes zu Mindererträgen von ca. 10,5 Mio. Euro.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input checked="" type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag: 32 Mio. Euro anstatt 60 Mio. Euro
<b>Finanzierung</b> <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

<b>CO<sub>2</sub>-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz</b>		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/>
Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)				negativ <input type="checkbox"/>	erheblich <input type="checkbox"/>
<b>IQ-relevant</b>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:		
<b>Abstimmung mit städtischen Gesellschaften</b>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

## Erläuterungen

Die Grundsteuer ist für die Stadt Karlsruhe eine verlässliche Einnahmequelle zur Stabilisierung des kommunalen Haushaltes. Im Doppelhaushalt 2024 / 2025 wurde mit Erträgen von jeweils 60 Mio. Euro geplant. Durch den aufkommensneutralen Hebesatz von 270% kann dieser Ertrag weiterhin erzielt werden.

Eine Absenkung des Hebesatzes auf 222% führt zu Mindererträgen von ca. 10,5 Mio. Euro. Dies müsste an anderer Stelle im kommunalen Haushalt eingespart werden. Eine Kompensation durch die Reduzierung von Mitteln für den Klimaschutz ist auch im Hinblick nachfolgender Generationen nicht zu empfehlen.

Eine größere Belastungsverschiebung auch innerhalb des Bereichs Wohnen bleibt auch mit einem abgesenkten Hebesatz bestehen. Die Belastungsverschiebung vom Bereich „Gewerbe“ hin zum Bereich „Wohnen“ existiert weiterhin.

Aus Sicht der Verwaltung wird die Reduzierung des aufkommensneutralen Grundsteuer-Hebesatzes den Wirtschaftsstandort Karlsruhe nicht in dem Maße stärken, so dass die Mindererträge durch zukünftig gesteigertes Gewerbesteueraufkommen kompensiert werden.